

UNTERSUCHUNG

der Berichterstattung über zwei Affären im ersten Quartal 2002:

- **„Stern“/CSU-Parteispenden**
- **Kölner SPD-Spendenskandal**

und Überprüfung der Behauptungen des „Medien Tenor“

**Prof. Dr. Michael Haller
Universität Leipzig
Institut für Kommunikations- und Medienwissenschaft**

Leipzig/Hamburg, im August 2002

Inhalt

Zusammenfassung	3
1. Gegenstand der Untersuchung	4
2. Anlage der Untersuchung	5
3. Der Fall „Stern“/CSU (2. – 4. Januar 2002)	6
3.1 Quantitative Analyse: Befunde	6
3.1.1 Umfang der Berichterstattung	6
3.1.2 Die Relevanz des Themas	9
3.1.3 Darstellungsformen	9
3.2 Qualitative Analyse: Befunde	11
3.2.1 Themenfokus (Überschriften)	11
3.2.2 Einordnung und Bewertung	11
3.2.3 Problem und Problemlösung	12
3.3 Fazit	12
4. „Kölner SPD-Skandal“ (5. – 13. März 2002)	13
4.1 Quantitative Analyse. Befunde	13
4.1.1 Umfang der Berichterstattung	14
4.2.2 Die Relevanz des Themas	16
4.2.3 Darstellungsformen	16
4.2 Qualitative Analyse: Befunde	17
4.2.1 Themenfokus	17
4.2.2 Die Erwähnung der CDU	17
4.2.3 Sogenannte Problemlösung	19
4.3 Fazit	19

Zusammenfassung der Untersuchungsergebnisse

- 1.) Der „Medien Tenor“ behauptet, drei Regionalzeitungen, an denen die SPD über die DDVG Besitzanteile hält, hätten eine „Stern“-Geschichte über die CSU-Parteispendenpraxis („Paten-Abo“) über Gebühr aufgeblasen. Diese Behauptung ist unwahr. Tatsächlich ist der Umfang der Berichterstattung über Innenpolitik vom Konzept der jeweiligen Zeitung (Blattstruktur) geprägt. Zeitungen, die standardmäßig der Innenpolitik mehr Raum geben, haben ausführlicher berichtet; Zeitungen, die der Innenpolitik weniger Platz geben, waren knapper. Ein Zusammenhang zwischen Umfang der Berichterstattung und SPD-Beteiligung ist nicht feststellbar.
- 2.) Der „Medien Tenor“ behauptet, die Zeitungen mit SPD-Beteiligung hätten den Kölner SPD-Spendenskandal anfangs verschwiegen, dann nur auf kleiner Flamme behandelt. Tatsächlich haben die genannten Zeitungen den Fall intensiver und z. T. sogar SPD-kritischer behandelt als vergleichbare andere Regionalzeitungen ohne SPD-Beteiligung.
- 3.) Der „Medien Tenor“ behauptet, die Zeitungen mit SPD-Beteiligung hätten, wenn sie über den Kölner Skandal berichteten, dies unter „beständigem Verweis“ auf die CDU-Spendenaffäre getan. Tatsächlich haben SPD-beteiligte Zeitungen seltener auf die CDU-Affäre verwiesen als vergleichbare Zeitungen ohne SPD-Beteiligung. Im übrigen dienten die Vergleiche der Abgrenzung, um die qualitativen Unterschiede zwischen den beiden Affären aufzuzeigen.
- 4.) Die vom „Medien Tenor“ zur Stützung seiner Behauptungen aufgeführten Daten sind wissenschaftlich nicht haltbar und faktisch nicht nachvollziehbar. Unsere nach allgemein gesicherten Methoden durchgeführte Analyse der fraglichen Zeitungsausgaben liefert markant andere Daten. Die Behauptungen des „Medien Tenor“ stützen sich auf irrealen Daten.
- 5.) Die Qualität des redaktionellen Angebots der drei Zeitungen mit SPD-Beteiligung lag bei beiden untersuchten Fällen in jeder Hinsicht auf dem selben Niveau wie diejenigen der drei Vergleichszeitungen. Konzeptuelle Mängel oder politische Einseitigkeiten waren nicht feststellbar. Der behauptete Einfluss der SPD auf die politische Linie der Blätter im Sinne einer „Schere im Kopf“ der Redaktionen ist aus der Luft gegriffen.

1. Gegenstand der Untersuchung

Gegenstand unserer Untersuchung ist die journalistische Darstellung der zwei politisch relevanten Ereignisse im ersten Quartal des Jahres 2002: CSU-Spenden sowie Kölner Klüngel-Skandal. Zu überprüfen ist dabei, ob die in einer Publikation des „Medien Tenor“ aufgestellten Behauptungen zutreffen.

Die Behauptungen im Einzelnen:

Der Beitrag in der Kundenzeitschrift „Medien Tenor“ vom 15. April 2002 („In der Regel kann nichts ohne uns passieren“ – siehe Anlage) greift zwei Medienereignisse auf: zum einen die Berichterstattung über die „Stern“-Publikation zu CSU-Spendengeldern im Januar 2002, zum andern die Berichterstattung über den Kölner SPD-Bestechungsskandal im März 2002. Es wird behauptet, dass insb. drei Zeitungen, an denen die (der SPD gehörende Holding) DDVG eine Beteiligung hält (HAZ, SÄZ und LVZ), intensiv über die Anwürfe gegen die CSU berichtet, aber die Vorgänge zum SPD-Korruptionsskandal „unter den Wahrnehmungsteppich“ gekehrt hätten.

Im einzelnen wird behauptet:

- Zeitungen mit SPD-Beteiligung hätten „intensiv“ über den „vermeintlichen Stern-Scoop gegen die CSU berichtet, und zwar auch noch, als die Sache von anderen Medien längst als gegenstandslos abgehakt wurde“ (vgl. MT Nr. 119, S. 68);
- Zeitungen mit SPD-Beteiligung, insbesondere SÄZ und LVZ, hätten Nachrichten über die Vorgänge in Köln systematisch unterdrückt („intensives Schweigen“)¹
- Als Zeitungen mit SPD-Beteiligung endlich auf die Kölner Affäre zu sprechen kamen, hätten sie dies „unter beständigem Verweis auf die CDU-Spendenaffäre“ getan: Insbesondere die SÄZ habe im Zeitraum vom 5. bis 13. März in „73 Prozent aller Beiträge (...) einen deutlichen Verweis auf die Verfehlungen der Union“ gebracht.² Bei der HAZ seien es 62 Prozent, bei der LVZ 46 Prozent.
- Die Zeitungen mit SPD-Beteiligung hätten die Vorwürfe gegen die CSU so dargestellt, „als hätten die Christlichsozialen noch keine Maßnahmen ergriffen, geschweige denn eine Lösung gefunden.“ Umgekehrt hätten die Zeitungen beim Kölner SPD-Skandal den Eindruck erweckt, „das Problem sei schon lange gelöst“.³

¹ Wörtlich heißt es: „Als andere Zeitungen schon lange auf Seite 1 ihre Leser über die Vorgänge am Rhein informierten, brachten die Zeitungen mit Parteibeteiligung entweder gar keine Meldung (wie die Sächs. Zeitung) oder sie versteckten die Informationen als Einspalter ohne Foto irgendwo unten auf Seite 2. (...) Und so es nicht mehr möglich war, die Vorgänge (...) zu verschweigen, sah sich zum Beispiel die Redaktion der Leipziger Volkszeitung noch lange nicht genötigt, mit einem Kommentar die Brisanz der Ereignisse zu würdigen“ (MT Nr. 119:68).

² Insb. habe die Zeitung es unterlassen, „auf den Unterschied zwischen Spendenbetrug und Korruption näher einzugehen.“ (a.a.O.)

³ „Im Zentrum der Beiträge standen die markigen Sprüche des Generalsekretärs Franz Müntefering sowie des Ministerpräsidenten Wolfgang Clement, welche Maßnahmen sie ergriffen hätten und dass das Problem eigentlich Geschichte sei.“ (a.a.O.)

Die Art der Behauptungen – DDVG-beteiligte Tageszeitungen betreiben Gefälligkeitsjournalismus zu Gunsten der SPD – bedingt eine entsprechende Untersuchungsmethode.

2. Anlage der Untersuchung

Um die Art der Berichterstattung und die Stichhaltigkeit der Behauptungen prüfen zu können, suchten wir zu den vom Medien Tenor genannten drei Zeitungen (HAZ, LVZ, SÄZ) drei äquivalente Regionalzeitungen ohne SPD-Beteiligung (mit politisch eher liberal bis konservativ eingestellten Eigentümern), die in ihrer Machart, in ihrer Größe (Auflage, Lokalausgaben) wie auch in Bezug auf ihr Verbreitungsgebiet (nicht NRW, nicht Bayern) vergleichbar sind⁴. Um den Umfang der Berichterstattung besser gewichten zu können, wurde zusätzlich mit der überregionalen Zeitung „Die Welt“ ein Blatt herangezogen, das nicht im Verdacht steht, SPD-freundlich zu berichten.

→ Zeitungen mit DDVG-Beteiligung:

- Leipziger Volkszeitung LVZ (50% Verlagsgesellschaft Madsack, darin eingeschlossen 10,2 % DDVG-Anteile; 50% Axel Springer-Verlag)
- Sächsische Zeitung SÄZ (60% Gruner+Jahr, 40% DDVG)
- Hannoversche Allg. Zeitung HAZ (20,4 Prozent DDVG, Rest Verlagsgesellschaft Madsack)

→ Zeitungen ohne SPD-Beteiligung:

- Magdeburger Volksstimme MV (100% Heinrich Bauer Verlag)
- Freie Presse FP (Chemnitz) (100% Medien-Union, Ludwigshafen)
- Mitteldeutsche Zeitung MZ (Halle) (100% DuMont Schauberg, Köln)

→ Zum Vergleich: Die Welt, Berlin (Axel Springer-Verlag)

Der Zeitrahmen entspricht dem vom Medien Tenor gesetzten Rahmen: Für das Stern/CSU-Ereignis die drei Berichtstage 2. bis 4. Januar; für den Kölner Skandal die Zeit vom 5. bis 13. März 2002.

Während der genannten Zeiträume wurden sämtliche Texte und Illustrationen erfasst und untersucht, die das Thema „Parteispende“ und/oder „SPD und Köln“ behandelten (bei den Regionalblättern wurde jeweils die Ausgabe des Verlagsorts herangezogen).

⁴ Der Nachrichtenwerttheorie zufolge wirkt hier der Nachrichtenfaktor „Nähe“: Zeitungen in Bayern berichten ausführlicher über die CSU-Vorwürfe, Zeitungen in NRW intensiver über den Kölner Klüngel. Aus diesem Grund ist die vom Medien Tenor herangezogene Vergleichszeitung NRZ wissenschaftlich unhaltbar.

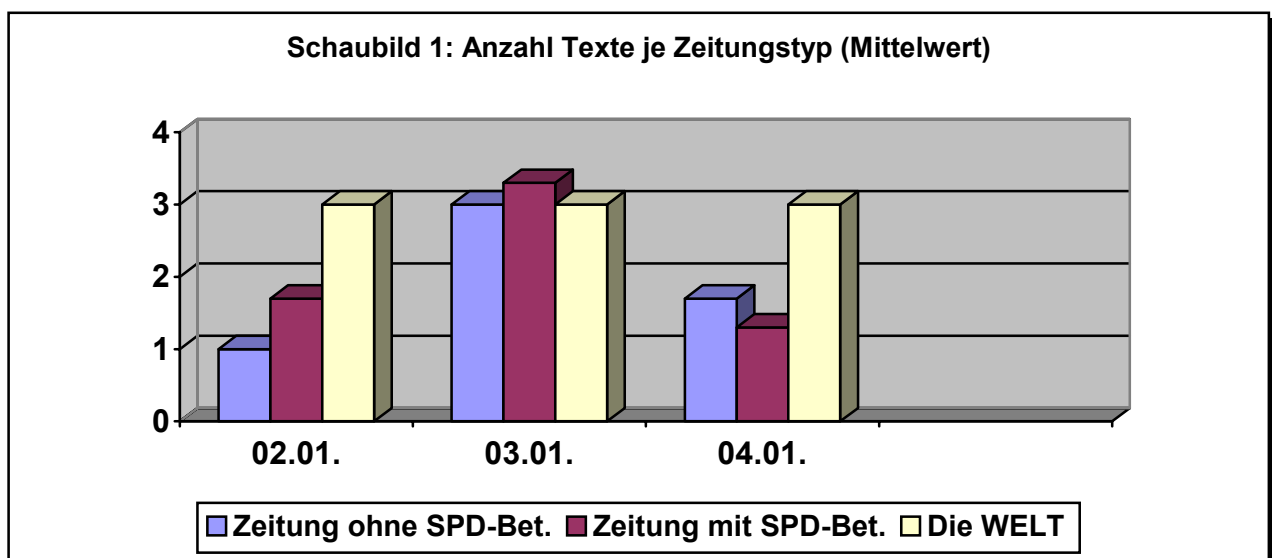
3. Der Fall „Stern“/CSU (2. bis 4. Januar 2002)

3.1 Quantitative Analyse: Befunde

Die vom Medien Tenor genannten Indikatoren – Anzahl Texte, Textumfänge, Zeitpunkt der Berichterstattung, Zahl der Kommentare u. ä. – sind nicht sehr aussagekräftig. Gleichwohl ist eine Überprüfung angezeigt. Wir erweitern diese um einige, die Relevanz des Themas anzeigende Indikatoren, wie: “Plazierung auf der Frontseite” sowie “illustrierende Zusätze”.

3.1.1 Umfang der Berichterstattung

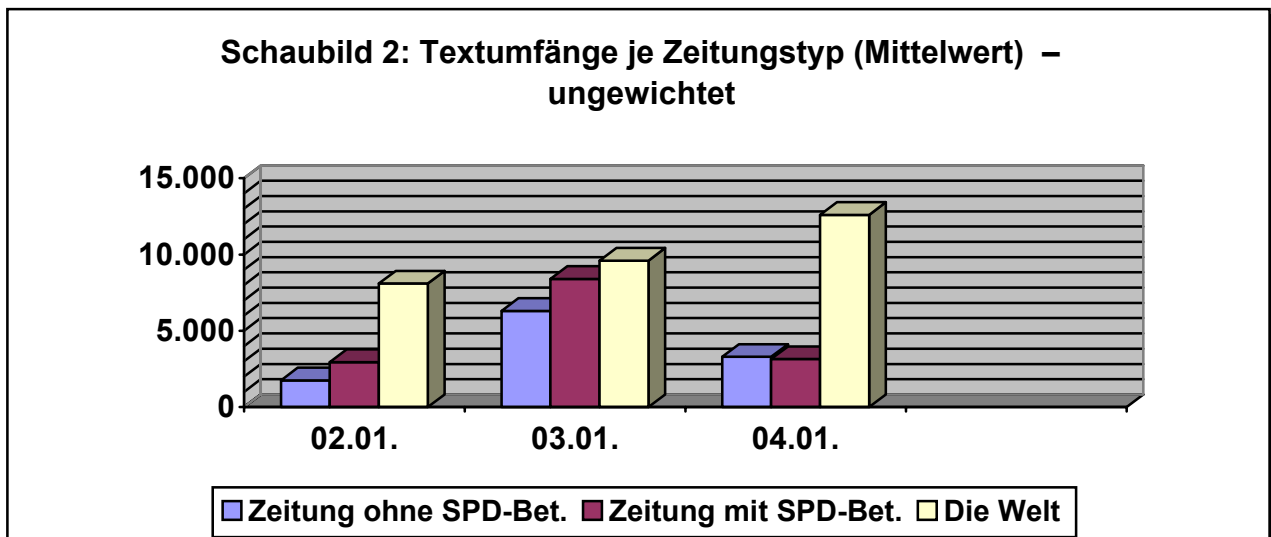
Beitragsmenge: Während der drei fraglichen Tage boten die drei Zeitungen mit SPD-Beteiligung (ZmB) und die ohne SPD-Beteiligung (ZoB) *etwa die selbe Beitragsmenge*. Die Schwankungen sind geringfügig und angesichts der geringen Fallzahl ohne Aussagekraft. Dies wird bestätigt durch die zum Vergleich herangezogene „Welt“ (siehe Schaubild 1): Sie brachte insg. neun Beiträge, mehr als jedes der ZmB-Blätter.



Zieht man die einzelnen Titel in Betracht, so pendelt die Zahl der Texte in beiden Zeitungsgruppen zwischen 1 und 3 Texten pro Ausgabe. Die beiden sächsischen Blätter *Freie Presse* (ZoB) und *Sächsische Zeitung* (ZmB) brachten am 03.01. jeweils vier Beiträge (Näheres siehe Protokoll).

Ein geringfügiger Unterschied zeigt sich im Vergleich zwischen erstem und drittem Tag: Anfangs brachten die ZmB-Blätter mehr Beiträge, am Schluss die ZoB-Blätter. Tatsächlich aber sind es individuelle Unterschiede einzelner Zeitungen, die sich nicht mit der Gruppenzugehörigkeit erklären lassen (vgl. Abschnitt 3.2.1).

Textumfänge: Dieselbe Struktur ergibt sich, wenn die Textumfänge errechnet werden⁵: Die zwei Zeitungsgruppen unterscheiden sich darin, dass die ZmB-Blätter insbesondere am zweiten Tag umfassender (längere Texte) berichteten - doch noch immer vergleichsweise knapp, wenn man die Textmengen der „Welt“ zum Vergleich heranzieht: Sie hat am ersten Tag doppelt so viel, am dritten Tag dreimal so viel Text zum Thema „Stern/CSU“ publiziert wie jedes der ZmB-Blätter.



Allerdings ist die Validität des Indikators „Textmenge“, die der Medien Tenor verwendet zu haben scheint, in Frage zu stellen. Denn der Umfang der Berichterstattung hängt letztlich auch davon ab, wieviel Platz die fragliche Zeitung standardmäßig dem Themenbereich „Innenpolitik und andere Bundesländer“ zur Verfügung stellt (Blattstruktur). Wie wir aus anderen Forschungen wissen, schwankt er zwischen den Regionalzeitungen um bis zu 180 Prozent. Nahe liegend, dass eine Zeitung, die standardmäßig dem Überregionalen nur wenig Platz einräumt, auch bei diesem Thema weniger umfangreich berichtet als eine Zeitung, die für den Bereich Innenpolitik annähernd doppelt so viel Platz zur Verfügung hat. Die Textumfänge sind darum statistisch zu gewichten.

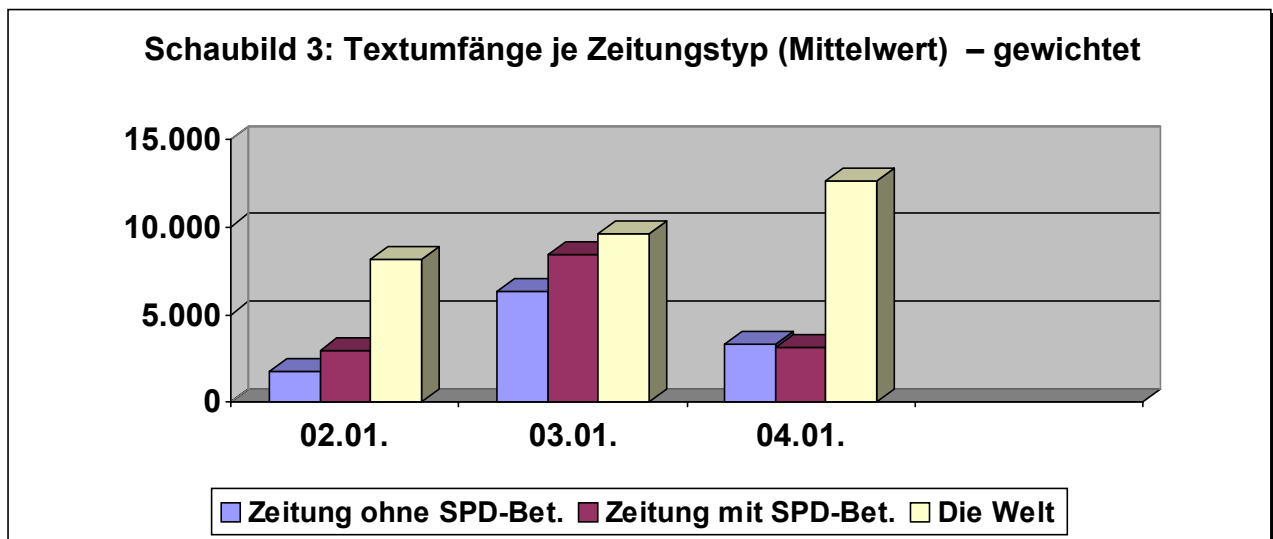
Gewichtete Textumfänge: Gemäß Gewichtungstabelle zeigen sich tatsächlich Unterschiede, indem insbesondere die MV standardmäßig deutlich weniger Platz, insbesondere die HAZ deutlich mehr Platz zur Verfügung hat als die LVZ (hier als Bezugsgröße gewählt).

⁵ Methode: Um echte Vergleichbarkeit herzustellen, wurden die (je Zeitung in unterschiedlichen Schriften und Spaltenbreiten umbrochenen) Texte in Anzahl Satzzeichen umgerechnet.

Gewichtungstabelle

Zeitung	Umfang für Themen Innenpolitik und andere Bundesländer (Mittelwerte im Jahr 2001) ⁶	in Prozent
Leipziger Volkszeitung	27.950 Satzzeichen pro Ausg.	100%
Sächsische Zeitung	28.900 Satzz. pro Ausg.	106%
Hann. Allg. Zeitung	32.270 Satzz. pro Ausg.	118%
Magdeburger Volksstimme	24.100 Satzz. pro Ausg.	88%
Freie Presse	25.300 Satzz. pro Ausg.	91%
Mitteldeutsche Zeitung	29.250 Satzz. pro Ausg.	107%

Die statistisch *gewichteten Umfänge* verschieben das Bild entsprechend: Da zwei der ZoB-Blätter als Standard weniger Platz zur Verfügung haben, ist der dem Thema eingeräumte Textumfang relativ größer. Und da zwei der ZmB-Blätter standardmäßig mehr Platz haben, sind die Umfänge relativ geringer. Unter diesen realistischen Gegebenheiten der Zeitungsmache verringern sich also die ohnehin geringfügigen Unterschiede zwischen den beiden Zeitungsguppen.



Für die überregionale *Welt* als ein – in diesem Zusammenhang - solitäres Produkt erübrigt sich eine Gewichtung (diese liesse sich nur im Vergleich etwa mit der *Süddeutschen Zeitung* oder der *Frankfurter Allgemeinen* ermitteln).

3.1.2 Die Relevanz des Themas

Ein Indikator für die Themenbewertung ist die **Platzierung auf der Frontseite**. Zwar spielen auch hier blattmacherische Konzeptfragen eine Rolle; gleichwohl gilt, dass

⁶ Stichprobe: 12x5 Ausgaben je Zeitung. Umfang aller Texte zu Innenpolitik und andere Bundesländer. Berechnung im Rahmen des Projekts Benchmarking am Institut KMW 2001

tagesaktuelle, bemerkenswerte Themen auf der Frontseite (zumindest als Anriss) platziert werden. Das Thema (jedoch nicht seine Beurteilung) platzierten die ZmB-Blätter etwas häufiger auf der Frontseite (die LVZ an jedem der drei Tage) und stufen es als leicht relevanter ein als die ZoB-Blätter.

Diese etwas stärkere Gewichtung zeigt sich auch darin, dass hierzu von den ZmB-Blättern ein **Kommentar** mehr geschrieben wurde. Auf der Ebene der einzelnen Titel zeigt sich indessen, dass diese vermeintliche Häufung allein der Redaktion der LVZ geschuldet ist: Sie platzierte das Thema an allen drei Tagen auf der Frontseite und nutzte es für zwei Kommentare. Es handelt sich dabei um die Zeitung, die zu 50% dem Axel Springer-Verlag gehört und an der die DDVG die relativ kleinste Beteiligung hält.

Tabelle 1: Stern/CSU Relevanzkriterien

Merkmal	Zeitungen ohne SPD-Beteiligung	Zeitungen mit SPD-Beteiligung
Anzahl Texte	17	19
davon: auf Frontseite	4	6
davon: Kommentare	3	4
Bildelemente:	5	5
davon: Fotos (Akteure)	2	2
davon: Infografik	1	-
davon: Karikaturen	2	3

Der Einsatz **optischer Elemente** hängt zwar auch stark mit dem Layoutkonzept der fraglichen Zeitung zusammen, darf aber auch als Relevanzkriterium gewichtet werden. Hier zeigt sich, dass beide Zeitungsgruppen im selben Umfang visuelle Elemente zum Einsatz brachten – also beide Gruppen das Thema in gleicher Weise bewerteten. Die FP (ZoB) bemühte sogar einen Infografiker, um die „Einnahmen der CSU“ nachvollziehbar darzustellen. Die von den ZmB-Blättern publizierten Karikaturen sind in der Tendenz neutral, etwa die Zeichnung in der LVZ vom 4.1.(Glos über Thierse). Der einzige, die CSU negativ illustrierende Cartoon von Tomicek publizierten die FP (ZoB) und die SÄZ (ZmB): Offenbar empfand man die Zeichnung als gelungen. Es waren demnach handwerklich-professionelle Entscheidungen, keine politisch motivierten.

3.1.3 Darstellungsformen

Die Wahl der Darstellungsformen gibt zu Erkennen, *wie* die fragliche Zeitung mit einem Thema umgeht: Überwiegen nachrichtliche Formen, gibt es auch analytische Hintergrundberichte sowie dialogische und beurteilende Formen?

Der Vergleich lässt keine Unterschiede erkennen, alle Blätter haben das Thema mit den üblichen redaktionellen Routinen bearbeitet (vgl. Tabelle 2). Allerdings macht der Vergleich im zeitlichen Nacheinander deutlich, dass alle Zeitungen grosso modo das Ereignisthema nach dem Muster einer **Event-Berichterstattung** abgehandelt haben: erster Tag „Sensation“, d.h. Nachrichten (Agenturmaterial) aus der Sicht der Akteure;

zweiter Tag „Was ist dran am Skandal?“ d.h. Problemdiskussion (Hintergrund, analytische Formen und Interview); dritter Tag „den Sack zubinden“, d.h. weiterführende und abschließende Berichte über die Reaktionen der Betroffenen (vgl. Tabelle 3). Auch dies ein Indiz, dass die Zeitungen nach professionellen und nicht nach politischen Kriterien gearbeitet haben.

Tabelle 2: Darstellungsformen nach Typen

Merkmal	Zeitungen ohne SPD-Beteiligung	Zeitungen mit SPD-Beteiligung
Anzahl Texte	17	19
davon: nachrichtlich (überwiegend Agenturen)	9	10
davon: Hintergrund und Analyse (überw. Korresp.berichte)	4	4
davon: Dialogische Formen (überw. Interviews)	1	1
davon: beurteilend (überw. Kommentare)	3	4

Tabelle 3: Darstellungsformen im Ablauf

Merkmal	02.01.	03.01.	04.01.
Texte aller 6 Zeitungen	8	19	9
davon: nachrichtlich (überwiegend Agenturen)	7	4	7
davon: Hintergrund und Analyse (überw. Korrespondenten)	-	7	2
davon: Dialogische Formen (überw. Interview)	-	2	-
davon: beurteilend (überw. Kommentare)	1	6	-

Zieht man einzelne Ausgaben heran, dann fällt auf, dass einzig die MV (ZoB) und die SÄZ (ZmB) auch Interviews gebracht haben: im weiteren, dass am zweiten Tag vor allem die MZ (ZoB), die LVZ (ZmB) und die SÄZ (ZmB) mit analytischen Beiträgen und Info-Kästen für erklärenden Hintergrund sorgten. Diese Zeitungen nutzten demnach den medialen Event, um über das „Problem Parteienfinanzierung“ zu orientieren.

3.2 Qualitative Analyse: Befunde

Die Frage ist, ob die ZmB-Blätter ihrer Aufgabe, über den Vorgang aufzuklären und über seinen Gehalt kritisch zu informieren, nachkommen oder ob sie – wie der „Medien Tenor“ behauptet – den Skandal „hochschreiben“.

Aufschluss gibt die inhaltliche Aufbereitung des Events im Ablauf der drei Tage.

3.2.1 Themenfokus (Überschriften)

Am ersten Berichtstag brachten fünf der sechs Zeitungen die Agenturmeldung über die angebliche „Stern“-Enthüllung als Zitat⁷ bzw. mit Fragezeichen, um deutlich zu machen, dass es um eine Behauptung geht, deren Wahrheitsgehalt nicht erwiesen ist. Die SäZ (ZmB) bringt bereits am ersten Tag auch schon das Dementi der CSU auf Seite 1, während sie die „Stern“-Behauptungen auf Seite 6 unter dem Titel „Ärger zum Start ins Wahljahr“ referiert.

Die einzige Zeitung, die handwerklich unsauer arbeitete, war die *Freie Presse* (ZoB). Sie titelte am 2.1. im Indikativ: „Hinweis auf unkorrekte CSU-Spendenpraxis“.

Am zweiten Tag berichteten und diskutierten die Zeitungen beider Gruppen ausführlich die Entgegnungen der CSU ohne inhaltliche Abstriche (zu den Formulierungen der Überschriften siehe Protokoll).

Am dritten Tag titelten und berichteten alle Zeitungen unisono über die Konterattacke der CSU gegen SPD-Obmann und Bundestagspräsident Thierse. Die nachrichtlichen Texte zeigen in der Art der Titelgebung (Fokus, Perspektive) zwischen den beiden Zeitungsgruppen keine Unterschiede. Die MV (ZoB) und die LVZ (ZmB) gaben dem Parteienstreit Glos/Thierse mit mehr als 4.000 Zeichen sehr viel Raum; in der Fokussierung ist zwischen den Blättern kein Unterschied erkennbar (vgl. Protokoll).

3.2.2 Einordnung und Bewertung

Bei der Kommentierung lassen sich keine systematischen Unterschiede zwischen den zwei Zeitungsgruppen nachweisen. Zwar gibt es deutliche Differenzen, doch gehen diese auf das individuelle publizistische Profil der jeweiligen Zeitung zurück.

Die insgesamt sieben Kommentare argumentieren unterschiedlich, folgen aber *dem selben normativen Muster*. Dieses lautet: Was die CSU tat, ist zwar rechtlich nicht angreifbar und im übrigen weit gehend bekannt, doch moralisch ist es fragwürdig – und wirft ein Schlaglicht auf das ungelöste Problem Parteienfinanzierung. Pars pro toto der Schlusssatz im Kommentar der FP (ZoB) am 3.1.: „Und die CSU, die sich jetzt empört gibt, würde sicherlich nicht zögern, den Spieß umzudrehen, wenn sie etwas gegen Schröder in der Hand hätte.“

⁷ Aussagenlogisch ist auch folgende Formulierung ein Zitat: „Vorwurf: CSU soll sechs Millionen Mark zu Unrecht kassiert haben.“ (LVZ 2.1.2002).

Unter rein handwerklichen Kriterien eher fragwürdig ist der bereits am ersten Tag publizierte Kommentar in der LVZ (ZmB) des Berlin-Korrespondenten, der ohne hinreichende Faktenkenntnis über die Folgen der vermeintlichen Enthüllung für Stoiber als Kanzlerkandidat spekuliert („Stoibers wunde Stellen“ 02.01.).

Vermutlich war es dieser voreilige, in der Sache überzogene Kommentar, der die LVZ zu einer „Nachbesserung“ am Folgetag veranlasste und bewirkte, dass sie als einziges Blatt zwei Kommentare zum Thema brachte – den zweiten, um zu sagen, dass diese „Abo-Affäre“ von der CSU abgestritten werde, dabei aber symptomatisch sei für bevorstehende Wahlkampf-Schlammschlachten (vgl. LVZ vom 03.01.).

3.2.3. Problem und Problemlösung

Laut „Medien Tenor“ haben die Zeitungen mit SPD-Beteiligung die Vorwürfe gegen die CSU so dargestellt, „als hätten die Christlichsozialen noch keine Maßnahmen ergriffen, geschweige denn eine Lösung gefunden.“

Der Sachverhalt: Die CSU hat sich bereits 1996 diese Praxis genehmigen lassen. Eine darüber hinausreichende „Lösung“ gibt es gar nicht.

Schon am zweiten Tag berichteten alle Blätter über die Entgegnung der CSU, und zwar ausführlicher als zuvor über den Vorwurf des „Stern“. Beispiel: „(...) CSU-Generalsekretär Goppel legte unterdessen eine Drucksache des Bundestags von 1966 vor, in der das Verfahren der CSU zur Anwerbung von Patenschaftsabonnements gebilligt und nur das verwandte Formular kritisiert wird.“ (dpa-Bericht, publiziert am 03.01. u.a. in: LVZ, MZ, SÄZ; sinngemäß auch in FP, MZ). Alle Zeitungen, die staatsanwaltschaftliche Ermittlungen erwähnten, informierten am Folgetag, dass es keine Ermittlungen geben werde. Über andere „Lösungen“ ist nichts bekannt.

Den vom „Medien Tenor“ monierte Querverweis auf die CDU-Spendenaffäre zogen nicht die SPD-beteiligten Zeitungen, sondern die MZ (ZoB), indem sie einen Info-Kasten „Neues Parteiengesetz: künftig Haft bei falschen Angaben“ einrückte, der so beginnt: „Als Konsequenz aus der CDU-Spendenaffäre ...“ (MZ 03.01. S. 2). Und unbesehen der Gruppenzugehörigkeit befassten sich alle Zeitungen am dritten Tag ausgewogen und differenziert mit dem Thema „Parteilichkeit“ des Bundestagspräsidenten im Rückblick auf die Genehmigung der CSU-Patenabo-Aktion 1996. (vgl. Protokoll).

3.3 Fazit

Die Befunde zeigen, dass die eingangs zitierten Behauptungen des „Medien Tenor“ über die Behandlung des Themas „Stern“/CSU in den Zeitungen mit SPD-Beteiligung unisono jeglicher Sachgrundlage entbehren.

4. „Kölner SPD-Skandal“ 05. – 13. März 2002

Der „Medien Tenor“ behauptete, die Zeitungen mit SPD-Beteiligung, insbesondere die SäZ und die LVZ, hätten Nachrichten über die Vorgänge in Köln systematisch unterdrückt („intensives Schweigen“); und wenn sie dann endlich berichtet hätten, sei ständig auf die CDU verwiesen und die Problemlösung der SPD herausgestellt worden. Diesen zwei Behauptungen geht die folgende Untersuchung nach.

4.1 Quantitative Analyse: Befunde

Im Unterschied zum Eventereignis im Januar handelte es sich beim Kölner Parteispendenskandal um eine reale Enthüllung, die nach und nach an die Öffentlichkeit gelangte. Dieser aufdeckende Prozess setzte am 5. März ein und zog sich bis in den Juni 2002 hin und ist zum Zeitpunkt dieser Untersuchung noch lange nicht abgeschlossen. Die erste Aktualitätsphase dauerte bis Mitte März. Der „Medien Tenor“ stützt seine Behauptungen auf zwei Untersuchungsphasen: eine dreitägige (5. bis 7. März) und eine achttägige (5. bis 13. März). Wegen der sich bis zum 11. März überstürzenden Neuigkeiten, die zu neuen Hintergrundberichten, Erklärtexten und Analysen führten, erscheint der achttägige Zeitrahmen für bedenklich kurz. Die ersten drei Tage (auf die sich die Kernaussagen der „Medien Tenor“-Kritik stützen – vgl. Schaubilder auf den Seiten 68 und 69) können nichts darüber aussagen, wie die Zeitungen das Thema bearbeitet haben.

Wir haben zur Analyse den achttägigen Zeitrahmen gewählt, wissend, dass auch dieser für eine wissenschaftlich gestützte Beurteilung der journalistischen Haltung viel zu kurz ist.

Der Ereignisverlauf sah während dieser 8 Berichtstage folgendermaßen aus⁸: Die Rücktrittsankündigung des Kölner SPD-Politikers Rüter wegen Schmiergeldanschuldigungen vom 4. März liefert den Auftakt; am Folgetag werden weitere Akteure bekannt. Die zweite Phase beginnt am 6. März mit der (spekulativen) Frage nach Verstrickungen heutiger Bundespolitiker (insb. Franz Müntefering) sowie allfälliger Folgen für die Bundespartei bzw. den Wahlkampf. Die dritte Phase beginnt mit einer Meldung, dass Fahnder das Kölner SPD-Büro durchsuchen und der Skandal sich ausweite. Während über neue Ermittlungen in Köln berichtet wird, setzt am 11./12. März die vierte Phase „Problemlösung“ mit der Ankündigung der SPD ein, Mitglieder auszuschließen und Verstöße gegen die Parteifinanzierungsbestimmungen härter betrafen zu wollen.

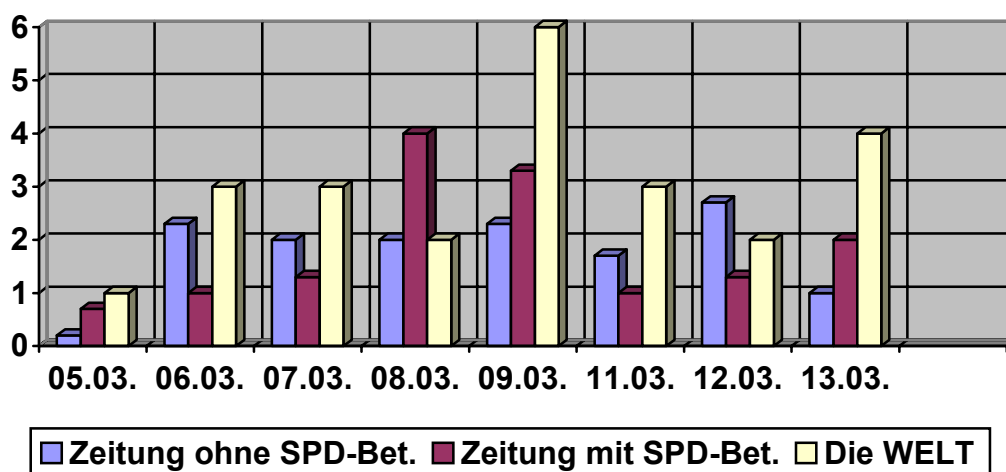
Diese Abfolge wurde naturgemäß von den sechs Zeitungen mit unterschiedlicher Intensität begleitet.

⁸ Referenz: dpa-Meldungen des fraglichen Zeitraums.

4.1.1 Umfang der Berichterstattung

Anzahl Texte: Bleibt man bei der Gruppeneinteilung der genannten sechs Regionalzeitungen, dann zeigt sich für die 8 Berichtstage zusammengefaßt folgendes Bild: Die Zeitungen, die keine DDVG-Beteiligung aufweisen (ZoB), haben 43 Beiträge publiziert, die Blätter mit DDVG-Beteiligung (ZmB) indessen 47. Auffallend ist zudem, dass die ZmB-Blätter schon gleich am 5.3. mehr brachten als die ZoB-Blätter. Betrachtet man den chronologischen Ablauf, dann haben sich die Blätter ohne Beteiligung intensiver um die Darstellung des Skandals (2. und 3. Tage) gekümmert, während sich die Zeitungen mit DDVG-Beteiligung vor allem mit der Frage der politischen Bedeutung (Verstrickungen auf Bundesebene) befassten – ein Aspekt, den im übrigen auch die zum Vergleich herangezogene *Welt* ab dem 8. März mit einer Reihe an Beiträgen ins Zentrum rückte (siehe Protokoll sowie Schaubild 4). Im übrigen schwankt die Zahl der Beiträge nach Maßgabe der jeweils an den Vortragen publizierten Aspekte und folgt darum keiner Gruppengesetzmäßigkeit.

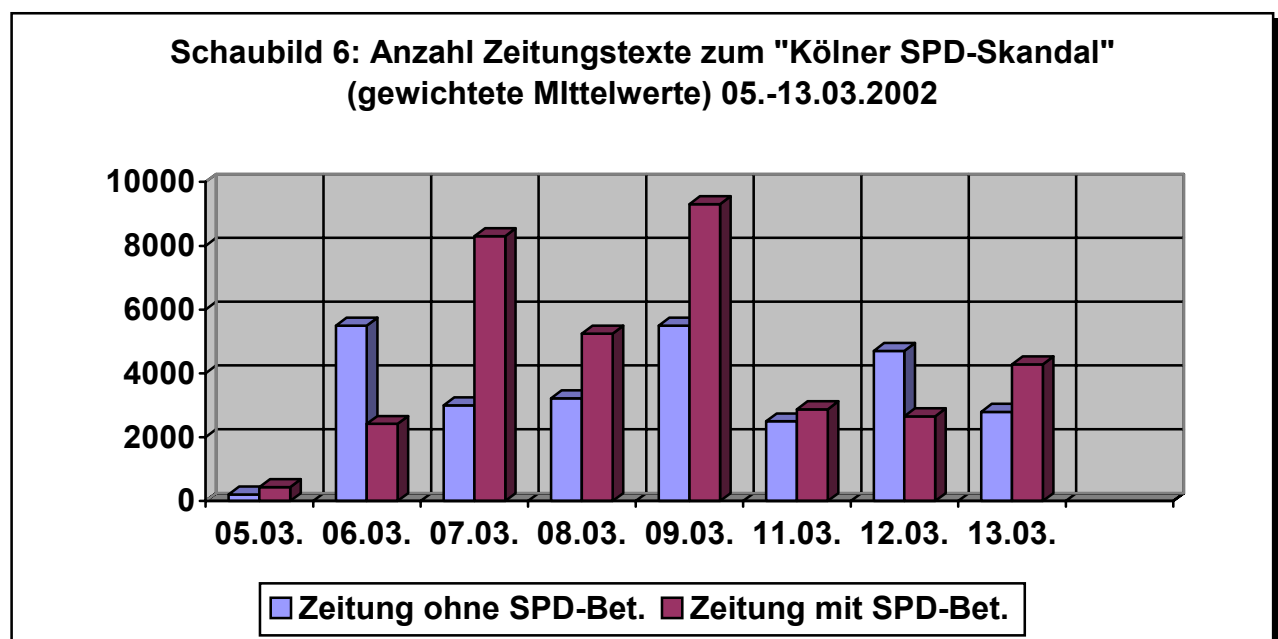
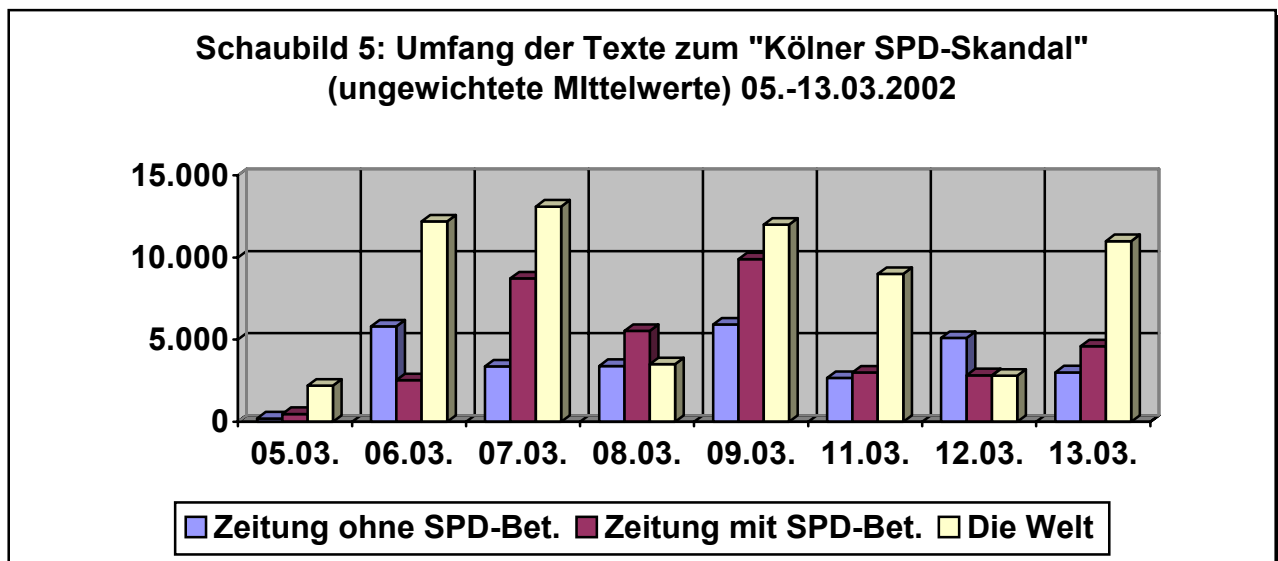
Schaubild 4: Anzahl Zeitungstexte zum "Kölner SPD-Skandal" (Mittelwerte) 05.-13.03.2002



Umfang der Texte: Während des Untersuchungszeitraums haben die Zeitungen ohne DDVG-Beteiligung (ZoB) Textmengen publiziert, die 88.410 Satzzeichen umfaßten. Im selben Zeitraum haben die Blätter mit DDVG-Beteiligung mit 109.550 Satzzeichen eine deutlich größere Textmenge zum Kölner SPD-Skandal publiziert.

Auch der Ablauf bestätigt den zuvor skizzierten Befund: Lediglich am zweiten Berichtstag (6.3.), als noch wenig gewusst und viel spekuliert werden konnte, brachten die ZoB-Blätter deutlich mehr Textvolumen. In der Phase der politisch brisanten Hintergrundanalysen gaben die ZmB-Blätter dem Kölner Skandal deutlich mehr Raum als die ZoB-Blätter (vgl. Schaubild 5).

Die von uns zum Vergleich herangezogene überregionale „Welt“, deren Berichterstattung etwa dem Umfang der Süddeutschen Zeitung und der Frankfurter Allgemeinen entspricht, macht im übrigen den Qualitätsunterschied zwischen Regionalpresse und den überregionalen Zeitungen deutlich: Die „Welt“ brachte während der Untersuchungszeit insgesamt 28 Beiträge mit 77.000 Satzzeichen. Jede der sechs Regionalblätter brachte im Durchschnitt 15 Beiträge mit rund 33.000 Satzzeichen. Die geringsten Textmengen brachten die MV (ZoB) und LVZ (mB), mit Abstand am meisten die HAZ (ZmB) (siehe Protokoll).



Gewichtete Textmengen: Die Proportionen verschieben sich nur geringfügig, wenn die Textumfänge gem. Gewichtungstabelle (siehe Abschnitt 3.1.1.) umgerechnet

werden: Der Umfang bei den ZoB-Blättern steigt auf 92.400, derjenige der ZmB-Blätter schrumpft auf 103.550 Satzzeichen, ist aber noch immer deutlich größer (siehe Schaubild 6).

Die Gewichtung macht sich vor allem bei der intensiven Berichterstattung der MZ am 6. März (mit 4 Texten) und der FP am 12. März (3 Texte) bemerkbar.

4.2.2 Die Relevanz des Themas

Nimmt man die Frontseiten-Aufmachung als Indikator, dann hat die Gruppe der ZmB-Blätter dem Thema mehr Relevanz zugesprochen als die Blätter ohne Beteiligung. Die Kommentierintensität hielt sich die Waage, während die Blätter ohne Beteiligung weniger visuelle Elemente, dabei aber mehr Karikaturen einsetzten, derweil die Blätter mit DDVG-Beteiligung mehr Erklärhilfen boten (wie: Infokasten zu Parteispende-Regelung).

Demnach haben die ZmB-Blätter dem Themenkomplex „Kölner SPD-Skandal“ insgesamt deutlich mehr Gewicht verliehen als die ZoB-Blätter.

Wie schon weiter oben dargestellt, spielen indessen die individuellen Besonderheiten jeder Zeitung die ausschlaggebende Rolle. So gehören bei der MZ (ZoB) und bei der HAZ (ZmB) die politische Karikatur zum Standard. Auch brachte die HAZ, die in einem Nachbarland zu NRW erscheint, eine besonders intensive Bebilderung – im Unterschied zur MV (ZoB) und LVZ (ZmB). Umgekehrt konnte die MZ davon profitieren, dass ihr Schwesterblatt in Köln den Skandal intensiv bearbeitete (Bilder, Informationen, Kommentierungen).

Tabelle 4: Kölner Skandal: Relevanzkriterien

Merkmal	Zeitungen ohne SPD-Beteiligung	Zeitungen mit SPD-Beteiligung
Anzahl Texte	43	47
davon: auf Frontseite	9	14
davon: Kommentare	7	7
Bildelemente:	14	17
davon: Fotos (Akteure)	7	12
davon: Karikaturen	7	5
Erklärhilfen (wie: Infokasten)	1	4

4.2.3 Darstellungsformen

Alle sechs Zeitungen beziehen die aktuellen Informationen über Agenturen in Form von Meldungen und Kurzberichten. Mehrere Zeitungen haben Zugriff auf einen Korrespondenten vor Ort, der Hintergrundberichte, Analysen und auch Erlebnisberichte liefert.

Keine der Zeitungen kann eine redaktionelle Eigenleistung (Recherche in Köln, in Berlin) vorweisen; keine hat im Untersuchungszeitraum ein Interview mit einem der Akteure oder auch mit einem Experten geführt.

Ohne die verschiedenen Texte zuordnen zu wollen, zeigen sich zum Teil beachtliche Unterschiede nicht zwischen den Gruppen, vielmehr zwischen einzelnen Zeitungen. Aus nahe liegenden Gründen (Standort) bot vor allem die HAZ (ZmB) das breiteste Formenvielfalt.

4.2 Qualitative Analyse: Befunde

Laut „Medien Tenor“ hätten die Zeitungen mit SPD-Beteiligung zuerst den Skandal verschwiegen - eine Behauptung, die sich als falsch herausgestellt hat. Die qualitativ zu untersuchende zweite Behauptung lautete, dass die ZmB-Blätter nur widerwillig „unter beständigem Verweis auf die CDU-Spendenaffäre“ berichtet und die Problemlösung der SPD übergewichtet hätten.

4.2.1 Themenfokus

Die Fokussierung der Themenaspekte in den Überschriften und Untertiteln der Zeitungen zeigen keine systematischen Unterschiede zwischen den beiden Zeitungsgruppen, vielmehr individuelle Ausprägungen je Zeitung.

- Beispiel aus der 2. Phase: die LVZ (ZmB) titelte in den ersten vier Berichtstagen deutlich SPD-kritischer als etwa die MZ (ZoB). Beispiel vom 07.03.: LVZ titelte: „Millionen in der Schweiz? Spendenskandal der SDP weitet sich aus“. Dem gegenüber die MZ: „Spendensumpf vermutlich tiefer – SPD-Landesvorsitzender Schartau deutet Ausweitung der Affäre an.“ (vgl. Protokoll).
- Beispiel aus der 4. Phase: Die SäZ (ZmB) formulierte die Lösungsankündigungen der SPD-Spitze deutlich skeptischer als die Blätter ohne DDVG-Beteiligung. Die SäZ titelte am 12.03: „Enormer Druck auf der Pfeife – Die SPD versucht angestrengt, ihren Kölner Skandal um die Spendenquittungen unter Kontrolle zu bringen.“ Demgegenüber die MV: „Die Angst bleibt, dass die Affäre weitere Kreise zieht“. Die MZ: „Müntefering will die Qual schnell beenden“. Die FP: „Müntefering droht mit Parteiausschluß – SPD-Abgeordnete gaben Ehrenerklärungen ab.“

4.2.2 Die Erwähnung der CDU

Unsere Auszählung der Texte und Passagen, die Aussagen bzw. Verweise zur CDU-Spendenaffäre enthalten, führen zu völlig anderen Befunden, als sie der „Medien Tenor“ behauptet.

Textebene: In der Gruppe der ZmB-Blätter enthielten 36% der Texte einen direkten oder indirekten Bezug zur CDU-Spendenaffäre.⁹ Bei den Blättern ohne Beteiligung nahmen 37% aller Texte Bezug. Unterschiede gab es indessen zwischen einzelnen Zeitungen unbeschrieben ihrer Gruppenzugehörigkeit. Am häufigsten kam die Erwähnung bei der MV (ZoB) mit 7 von 13 Texten sowie bei der HAZ (ZmB) mit 9 von 20 Texten. Die Behauptung des „Medien Tenor“, bei der HAZ seien es im fraglichen Zeitraum 63%, ist demnach unzutreffend. Unzutreffend sind auch die Behauptungen zur LVZ (angeblich 46%, tatsächlich aber 2 von 14 Texten) und der SÄZ (angeblich 73%, tatsächlich 5 von 13 Texten).

Aussagenebene: Erheblich aussagekräftiger ist die Frage, wie häufig die Bezugnahme auf die CDU-Spendenaffäre als Aussageargument benutzt wurde.¹⁰ Wie Tabelle 5 zeigt, nahmen die Journalisten der ZoB-Blätter viel häufiger *explizit* Bezug als die Journalisten der ZmB-Blätter. Bemerkenswert daran ist, dass in den ZoB-Blättern die Autoren selbst - etwa in Hintergrund- und Korrespondentenberichten - direkt Bezug nahmen, während in den ZmB-Blättern häufiger im Zuge der Berichterstattung zitierend (d.h. indirekt) Bezug genommen wurde. Dies bedeutet auch, dass die Autoren der ZoB-Blätter häufiger ihre eigene Deutung in die Texte geschrieben, in handwerklicher Hinsicht also weniger korrekt vorgegangen sind. Es ist also das Gegenteil dessen richtig, was der „Medien Tenor“ geschrieben hat.

Tabelle 5: Erwähnungen/Argumente CDU-Spendenskandal

Merkmal	Zeitungen ohne SPD-Beteiligung	Zeitungen mit SPD-Beteiligung
Anzahl Texte	43 (100%)	47 (100%)
davon: Texte, die direkt (Autor) oder indirekt (Zitate) auf CDU-Spendenskandal Bezug nehmen	16 (37%)	17 (36%)
Nennung der CDU-Spendenaffäre als Argument (Häufigkeit):	27	25
davon: direkte Bezugnahme	20	14
davon: indirekt (Zitat)	7	11
SPD-kritische Erwägungen (wie: Zweifel an Glaubwürdigkeit einer Behauptung, Ankündigung, Beteuerung u. ä.)	16	18

Argumentationsebene: Es fällt auf, dass in den Kommentaren der Zeitungen die Bezugnahme auf die CDU-Affäre dem Zweck dient, den Unterschied zwischen beiden Affären zu verdeutlichen (und keineswegs, ihn zu verharmlosen). So machen insb. die LVZ und die HAZ (beide ZmB) deutlich, dass es in Köln um Korruption geht,

⁹ Direkte Bezugnahme: Äußerung des Autors. Indirekte Bezugnahme: Der Autor zitiert eine Person, die sich auf die CDU-Spendenaffäre bezieht. „CDU-Spendenaffäre“ wurde weit gefasst (auch Erwähnung der Spendensammeltechniken Mitte der 80er Jahre).

¹⁰ Jeweils als ein eigenständiges Argument innerhalb eines Textes. Höchste ermittelte Zahl an argumentierenden Bezugnahmen : 5.

ein Vorwurf, den man Helmut Kohl nicht machen dürfe („Während der CDU Käuflichkeit nicht nachzuweisen war, scheint in Köln der Zweck der Spende offensichtlich“ HAZ vom 9.3.02. - Und: „Von Kohl zur Kölner Korruption ist es ein himmelweiter Unterschied“ LVZ vom 9.3.02). Die SÄZ (ZmB) kritisiert unter Bezugnahme auf die CDU-Spendenaffäre vor allem die damals überhebliche Haltung von Müntefering: „Es ist diese Selbstgerechtigkeit, die jetzt voll auf die SPD zurückfällt.“ (SÄZ vom 8.3.02).

4.2.3 Sog. Problemlösung

Zu prüfen war schließlich die Behauptung, die ZmB-Blätter hätten die von der SPD angekündigte Problemlösung überbetont.

Entgegen dieser Behauptung ist nachgewiesen, dass in den Hintergrundberichten und Kommentaren der ZmB-Blätter häufiger SPD-kritische Argumente vorkommen als in der Gruppe der ZoB-Blätter (vgl. Tabelle 5). Diese skeptische Haltung bezieht sich auch auf die von der SPD-Spitze angekündigten Konsequenzen (vgl. Berichte insb. der LVZ und HAZ am 12. und 13.03. – siehe Protokoll).

Die vom „Medien Tenor“ kritisierte positive Darstellung der Lösungsvorhaben der SPD findet sich eher in den Blättern, bei denen keine SPD-Beteiligung besteht. (Infokasten der MZ am 12.3.: „Bei Falschaussage Parteiausschluß“ – und am 13.3.: „SPD will Parteiengesetz nochmals verschärfen. Mehr Kontrollrechte geplant – Rüter verhört“). Ähnliche, als Erfolgsmeldungen intonierte Titel boten am 13.3. auch die MV und FP. Dort fehlen nachfragende Interviews und kritisch erwägende Kommentare. Bemerkenswert schließlich, dass ein sehr wohlwollend intoniertes Interview mit SPD-Generalsekretär Müntefering nicht in einer SPD-beteiligten Zeitung, sondern in einem Blatt stand, das dem konservativen Bauer-Verlag gehört. Und dort wurde der CDU-Spendenskandal nicht von Müntefering, sondern vom Interviewer angesprochen. Die Antwort Münteferings („Wir werden das jetzt zügig und gründlich aufklären und damit ganz sicher anders umgehen als es die CDU bei Helmut Kohl getan hat“) blieb ohne kritische Nachfrage.

4.3 Fazit

Die Behauptungen des „Medien Tenor“ über die Berichterstattung der Blätter, an denen die SPD über die DDVG Anteile hält, sind aus der Luft gegriffen und durch nichts belegt. Die in der fraglichen MT-Ausgabe genannten Daten sind nicht nachvollziehbar. Sie erscheinen uns auf der Basis dieser Auswertung als frei erfunden.

Die Blätter mit SPD-Beteiligung zeigen in den untersuchten Fällen mindestens dieselbe handwerkliche Professionalität wie die herangezogenen Vergleichszeitungen.